

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Michael Leutert und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/2500, 17/2502, 17/3514, 17/3523, 17/3524, 17/3525 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011
(Haushaltsgesetz 2011)**

**hier: Einzelplan 15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 15 02 wird ein neuer Titel „Förderung der nichtkommerziellen Pharmaforschung“ eingefügt.

Der Titelanatz beträgt 500 Mio. Euro.

Berlin, den 22. November 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die nichtkommerzielle klinische Forschung an Universitäten und außeruniversitären Instituten braucht industrieunabhängige Unterstützung. Eine unabhängige Forschung soll zur Bekämpfung von Volkskrankheiten oder seltenen Erkrankungen beitragen und diejenigen Bereiche erschließen, bei denen gesellschaftlicher Bedarf besteht, die aber für die Profitorientierung der Pharmaunternehmen nicht interessant sind und daher vernachlässigt werden. Dazu gehören etwa Therapien gegen seltene Krankheiten, gegen Infektionskrankheiten in ärmeren Regionen der Erde oder auch Krankheiten, die schnell zum Tod führen können.

Zudem liegen Erkenntnisgewinne über Risiken, Wechselwirkungen sowie Vergleiche mit Konkurrenzprodukten nicht im Interesse privat finanzierter

Forschung, wohl aber im Interesse eines effektiven Gesundheitssystems. Das Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes (AMNOG) sieht eine Überprüfung ausschließlich auf der Basis von Herstellerdaten vor – ein wesentlicher Kritikpunkt von Experten. Die Einbeziehung von Studienergebnissen aus nichtkommerzieller Forschung würde hier eine bessere Einschätzung des Arzneimittelnutzens ermöglichen.

Nicht zuletzt profitieren auch ärmere Gesellschaften von einer öffentlichen Forschung hierzulande, deren Ergebnisse zumeist besser zugänglich und weniger von Geheimhaltung im Interesse der Verwertung betroffen sind.

Deshalb muss eine staatliche Unterstützung der nichtkommerziellen Pharmaforschung auch finanziell gestärkt werden, um unabhängig von Industrieinteressen wieder eine patientenorientierte Forschung zu ermöglichen. Als Anschubfinanzierung für diesen Bereich werden jährlich 500 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.